

Nach der Scheidung kommt die Armut

Im sozialen Basel wachsen viele Kinder in Armut auf, besonders diejenigen, deren Eltern geschieden sind. Dies, obwohl Alleinerziehende das monatliche Arbeitspensum eines Managers bewältigen. Schuld daran sind gesetzliche Nachteile sowie ein ungenügendes Alimentensystem.

Basel. Die Fakten sind bekannt: Jedes zehnte Kind in der Schweiz, und damit auch in Basel, wächst in Armut auf. Die meisten in Einelternfamilien. Einelternfamilien machen gar einen Drittel der Working Poor in der Schweiz aus. Dies, obwohl Alleinerziehende mit einem durchschnittlich geleisteten Arbeitspensum von 67 Wochenstunden, inklusive Kinderbetreuung, zur Bevölkerungsgruppe mit der höchsten Arbeitsbelastung gehören. Dazu kommen zahlreiche rechtliche und soziale Benachteiligungen (siehe Interview unten) - und eine wesentliche Besserung scheint nicht in Sicht.

Gemäss Volkszählung 1990 entstehen Einelternfamilien zu 73 Prozent durch Trennung oder Scheidung - und die Scheidungsrate wächst weiter. Dies nicht etwa, weil sich die heutigen Mütter auf dem Egotrip befinden. «Keine Frau mit Kindern trennt sich freiwillig vom Kindsvater. Da geht meist eine lange Periode von traumatischen Erlebnissen voraus. Hinter der Scheidung lauert die Armutsfalle, und viele Frauen überlegen sich lange, ob sie diesen Schritt machen wollen», erklärt Elisabeth Dredge, Leiterin der Frauenberatungsstelle beim Frauenverein Basel. Diese Erfahrung machte auch die heute 46-jährige Baslerin Claudia S.*.

Alimentenzahlung ohne Gewähr

Irgendwann nach der Geburt ihrer Kinder musste sie feststellen, dass ihr Mann ein Aggressionsproblem hatte. Immer öfter wurde sie gedemütigt und verprügelt, immer öfter musste sie sich verarzten lassen. Als die Kinder begannen, dies zu realisieren, und immer mehr darunter litten, veranlasste sie den Auszug ihres Mannes aus der Wohnung. Zur Strafe erhielt sie von ihrem Mann kein Geld. Ein Mietzuschuss wurde ihr von der Sozialhilfe abgeschlagen, da sie als Nochverheiratete in keine Kategorie passte. «Hätte ich meine Familie und meine Freunde nicht gehabt, ich weiss nicht, wie wir überlebt hätten», erinnert sich Claudia S. Überlebenswichtig waren sie auch später, bei der Kinderbetreuung und während der endlosen Gerichtsverhandlungen, bei denen ihr Mann mit gefälschtem Lohnausweis erschien, nach dem die Alimete festgesetzt wurden. Dass sie ein Anrecht auf Alimetenbevorschussung hatte, erfuhr sie erst, als sie eher zufällig bei Gerda Klingler landete, der Leiterin der Alimeteninkassostelle des Basler Frauenvereins.

Diese erwirkte für sie eine gerichtliche Verfügung für eine Kinderalimetenbevorschussung und half ihr bei der Eintreibung der Frauentalimente, die in Basel nicht bevorschusst werden. Letzteres bekam auch ihr Ex-Mann irgendwann mit und ignorierte die Zahlungsforderung für die Frauentalimente. Das Resultat: Bei Claudia S. türmten sich die Schuldenscheine. «Es gibt viele Schuldner, die sich ihrer Verpflichtung entziehen, aber auch viele, die in der heutigen Wirtschaftslage so wenig verdienen, dass sie keine Alimete zahlen müssen», erklärt Klingler. Gemäss dem Jahresbericht der Inkassostelle betrugen die bevorschussten Kinderalimete in Basel rund 1,8 Millionen Franken. Davon konnten rund 660 000 Franken nicht eingetrieben und gar 638 000 Franken mussten definitiv abgeschrieben werden.

Trostplästerli statt echter Hilfe

Wichtig zu wissen: Nur staatlich bevorschusste Alimete sind garantierte Alimete. Diese erhält aber nur, wer unter einem festgelegten Minimaleinkommen liegt. Alle anderen müssen selbst schauen, wie sie zu Rande kommen. Kommt hinzu, dass bei der Berechnung der Alimetenbevorschussung keinerlei persönliche Lebensumstände berücksichtigt werden, beispielsweise die Behinderung eines Kindes oder die Kinderbetreuungskosten von werktätigen Alleinerziehenden. Zwar habe es im vergangenen Jahr in Basel eine minimale Verbesserung im Alimetenwesen gegeben, erklärt Klingler, doch sei dies nicht mehr als ein Trostplästerli. Claudia S. hat ihre Kinder mit Putzarbeiten, zum Teil an 17 verschiedenen Stellen, durchgebracht und dazu immer noch ein schlechtes Gewissen gehabt, dass sie eine schlechte Mutter sei.

Als sie endlich aus dem Schlimmsten draussen war, fiel sie in eine Depression, weil sie seelisch und körperlich ausgebrannt war. Ferien kennt sie nur vom Hörensagen, doch ihren Kindern hat sie die

Mitgliedschaft in einem Sportverein wie auch einer Fasnachtsclique ermöglicht, «damit wenigstens sie ein soziales Leben hatten». «Gerade für solche Fälle wäre es wichtig und richtig, wenn wir die Alimente im Rahmen der Sozialhilfe zumindest existenzsichernd bevorschussen könnten», erklärt Klingler. Doch dies ist auch nach den Verbesserungen im Alimentenbevorschussungssystem bei weitem nicht der Fall.

Patrizia Derungs

* Name der Redaktion bekannt

Einelternfamilien entstehen zu 73 Prozent durch Trennung oder Scheidung.

Kommentar

Taten statt Pflasterlipolitik

Die Familie ist keine individuelle romantische Angelegenheit, sondern wird von der Wirtschaft und von der Politik einer Gesellschaft gestaltet. Dies zeigte die Basler Geschichtspräsidentin Regine Weckerli an der letztjährigen Sondersession des Grossen Rates zum Thema Familienpolitik eindrücklich auf. Wenn heute also ein grosser Teil nicht nur der Einelternfamilien am Rande der Armut schwebt und jedes zehnte Kind unter dem Existenzminimum leben muss, dann deshalb, weil über lange Zeit an den Bedürfnissen der real existierenden Familien hinwegpolitisiert wurde. Und diese bestehen zu einem immer grösser werdenden Anteil aus Einelternfamilien. Vor allem im Kanton Basel-Stadt, der im Vergleich zu anderen Kantonen schlecht dasteht, wenn es um die Existenzsicherung von Einelternfamilien geht, sollte dies zu denken geben.

An der finanziellen Misere vieler Einelternfamilien werden auch die kleinen Verbesserungen, die im Steuersystem, bei den Kinderzulagen und beim Alimentenbevorschussungssystem im vergangenen Jahr in Basel eingeleitet wurden, nicht viel ändern. Mit dem Geld, das hierfür aufgewendet werden muss, hätte man substanzielle Verbesserungen wenigstens in einem Bereich schaffen können, anstatt Geld auszugeben, das weder den Eltern noch den Kindern wirklich hilft. Die Kinder sind unsere Zukunft, und es stellt sich heute die Frage, welche Zukunft man in Basel will.

Patrizia Derungs